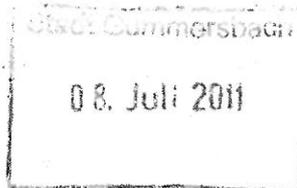


20.7

FDP

Die Liberalen

FDP-Ratsfraktion · Rathausplatz 1 · 51643 Gummersbach



Ratsfraktion

Rathausplatz 1
51643 Gummersbach

Tel: 02261 / 23 15 1
Fax: 02261 / 66 01 62
Mail: info@fdp-oboberberg
www.fdp-gummersbach.de

5. Juli 2011

Antrag der FDP-Fraktion zur Dichtheitsprüfung von privaten Abwasserleitungen

Beschlussvorschlag: Die Verwaltung wird beauftragt sich für die Aussetzung des Vollzuges der Dichtheitsprüfung bei Abwasserleitungen nach § 61a des Landeswassergesetzes NRW einzusetzen, bis eine einheitliche Regelung auf Bundesebene erreicht worden ist.

Begründung:

1. Eine bindende Sonderregelung der EU besteht nicht. Nur die Bundesländer NRW, Hessen und die Stadt Hamburg haben bisher verschärfte Bedingungen zur Dichtheitsprüfung eingeführt. Die unterschiedliche Handhabung in den Bundesländern führt zu einer regionalen und damit ungesetzlichen Benachteiligung von Hauseigentümern in NRW.
2. Es besteht kein zwingender Handlungsbedarf, da die privaten Abflussanlagen nur häusliche Abwässer mit geringer chemischer Belastung führen. Das Exfiltrationsvolumen ist nicht abzuschätzen. Es erscheint fraglich, ob nicht landwirtschaftliche Exkrementausbringungen, Verklappung von Gülle aus ausländischen Tierhalterbetrieben und die Ausbringung von Klärschlämmen eine stärkere Belastung von Böden und Grundwasser in NRW bedeuten.
3. Die geschätzten Inspektionskosten durch Kamerauntersuchung sollen sich auf ca. 500,- € für eine Gebäudeeinheit belaufen. Die vom Land NRW und dem IKT (Institut für unterirdische Infrastruktur) geschätzten Sanierungskosten sollen bei 3.000 – 6.000 € pro Hausanschluss liegen. Diese Beträge würden sich zu erheblichen Beträgen für die Grundstückseigentümer summieren. Eine vertretbare Relation zwischen Sanierungsaufwand und erzielbarem Nutzen ist in keiner Weise gegeben.

4. Das Fremdwasserinfiltrationsvolumen wird mit der gleichen Größenordnung wie das Volumen der illegalen Drainagewassereinleitungen geschätzt. Das Fremdwasser könnte möglicherweise der Sedimentbildung an der Rohrsohle entgegenwirken, die durch den abnehmenden Trinkwasserverbrauch begünstigt wird.

5. Andere Gemeinden in NRW und im Oberbergischen Kreis haben entsprechende Initiativen bereits ergriffen.



Ulrich von Trotha
(Stadtverordneter)